

Ahnert / Haßler / Schreiber: Schule darf kein Asylheim werden!

Die Pläne der Stadtverwaltung, auf dem von Grundschulern genutzten Schulstandort an der Boxberger Straße auch Asylbewerber unterzubringen, kritisieren die CDU-Stadträte Heike Ahnert (bildungspolitische Sprecherin) und Dietmar Haßler (Wahlkreisstadtrat Prohlis) gemeinsam mit dem jugendpolitischen Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion, Patrick Schreiber MdL, scharf:

Ahnert: „Weiterhin daran festzuhalten, Grundschüler und Asylbewerber auf einem gemeinsamen Schulgelände unterzubringen, ist verantwortungslos. Die Vorfälle am gestrigen Montag sind ein Vorgeschmack dessen, wovor die Eltern Angst haben. Nicht nur, dass die 6-10 jährigen, nur getrennt durch einen Bauzaun, mögliche Konflikte unter den Asylbewerber hautnah mitterleben könnten; es sind auch die zu befürchtenden Ausschreitungen bei Demonstrationen. Den Eltern war es gestern nur unter Polizeischutz möglich, das Gebäude zu betreten. Kein Mensch mit Verantwortungsbewusstsein kann Kinder solchen Gefahren ausliefern. Schule muss ein gestützter Raum bleiben: Flüchtlingsunterkünfte auf Schulgeländen bei laufendem Betrieb lehnen wir als CDU-Fraktion ab. Dass die Fraktionen von SPD, Grüne und Linke dies anders sehen, schockiert mich.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass offenbar nur im Bereich der Schulen nach Unterkünften gesucht wurde. Und selbst hier erschließen sich mir die Kriterien, nach denen die Boxberger Straße ausgewählt wurde, nicht. Die Schulen am Terrassenufer und der Ginsterstraße, deren Turnhallen jetzt belegt werden, stehen noch leer. Gleiches gilt für die ehemalige 124. Oberschule auf der Windmühlenstraße. Offenbar gibt es auch im Schulverwaltungsamt erhebliche Bedenken zur Boxberger Straße. Noch im Sommer wurde mir mitgeteilt, dass dieser Standort schon aus Brandschutzgründen gar nicht genehmigungsfähig sei.

Wir haben bereits letzten November eine Liste mit 81 geprüften Asylstandorten ausgehändigt bekommen, die aus brandschutztechnischen oder baurechtlichen Gründen ungeeignet waren. Jetzt wird bei der Boxberger Straße von diesen Standards gravierend abgewichen. Also kommen all diese Objekte als Alternativen wieder in Betracht.

Auch Objekte städtischer Unternehmen stehen noch zur Verfügung. Zweifellos wären auch das erhebliche Einschnitte. Aber vor die Frage gestellt, ob mir die Gewinne einer städtischen Gesellschaft oder der Schutz und das Wohl der Kinder wichtiger sind, ist meine Antwort klar. Und diese Frage sollte die Stadtspitze genauso beantworten.“

Dietmar Haßler ergänzt: „Dieser Standort ist ungeeignet: Hier entsteht ein unbeherrschbares Konfliktpotential. Wir haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, unseren Stadtteil aufzuwerten. Das darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Gerade in die Einrichtung des Gymnasiums Prohlis setzen wir große Hoffnungen. Sollte die Boxberger Straße tatsächlich zur Asylunterkunft werden, stünde dies in Frage.“

Patrick Schreiber: „Aktive Schulstandorte sind zur Asylbewerberunterbringung ungeeignet. Damit zerstört man den sozialen Frieden in unserer Stadt endgültig. So etwas gegen den Willen der gesamten Elternschaft - vom Schul- bis zum Landeselternrat - durchsetzen zu wollen, ruft nicht nur in mir Unverständnis hervor. Der Oberbürgermeister ist gefordert, sich des Themas endlich mit der nötigen Ernsthaftigkeit zu widmen und auch kreative Lösungen in Betracht zu ziehen. So könnten beispielsweise im Saal des AZ Conni oder in anderen größeren Jugendhilfeeinrichtungen, in denen Räume nur sporadisch genutzt werden, Asylbewerber Zuflucht finden. Vorteilhaft dabei ist, dass dort schon Sozialarbeiter vor Ort sind. Die Verantwortungsträger der freien Kinder- und Jugendhilfe sollten mit ihren Räumlichkeiten hier auch einen Beitrag leisten.“

Dresden, den 6. Oktober 2015 / Andreas Rönsch, Fraktionsgeschäftsführer

**CDU-Fraktion im Stadtrat der
Landeshauptstadt Dresden**
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

Tel. +49 351 488 2257
Fax +49 351 488 2972
cdu-fraktion@dresden.de
www.dresden-cdu.de